

## 149 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VIII. GP.

11. 12. 1956.

### Regierungsvorlage.

Bundesgesetz vom 1956, mit dem das Vermögensteuergesetz 1954, BGBl. Nr. 192, abgeändert wird (Vermögensteuergesetznovelle 1956).

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Artikel I.

Das Vermögensteuergesetz 1954, BGBl. Nr. 192, wird wie folgt abgeändert:

Im § 3 Abs. 1 hat die Z. 3 zu lauten:

„3. Unternehmen, die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser oder Wärme oder dem öffentlichen Verkehr dienen, wenn die Anteile an ihnen ausschließlich Gebiets-

körperschaften gehören und die Erträge ausschließlich diesen Körperschaften zufließen. Außerdem Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Sinne des § 1 Abs. 1 Elektrizitätsförderungsgesetz 1953, BGBl. Nr. 113, soweit die Vermögensteuer auf den der Stromabgabe an Dritte dienenden Teil des Vermögens entfällt;“.

#### Artikel II.

Die Bestimmungen des Art. I treten am 1. Jänner 1957 in Kraft.

#### Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

### Erläuternde Bemerkungen.

Gemäß § 3 Abs. 1 Z. 3 Vermögensteuergesetz 1954 sind Unternehmen, die in Form einer Kapitalgesellschaft geführt werden, von der Vermögensteuer befreit, wenn die Anteile an ihnen ausschließlich dem Bund, einem Land, einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband gehören und die Erträge ausschließlich diesen Körperschaften zufließen. Kreditunternehmen waren bisher schon von dieser Befreiungsvorschrift ausgenommen.

Durch die im Entwurf vorgesehene Änderung des Wortlautes der Z. 3 des § 3 Abs. 1 soll bewirkt werden, daß Unternehmen von Gebietskörperschaften, die in Form von Kapitalgesellschaften geführt werden, in Zukunft nur mehr dann von der Vermögensteuer befreit sein sollen, wenn es sich hierbei um sogenannte Versorgungsbetriebe handelt. Alle übrigen Kapitalgesellschaften, auch wenn ihre Anteile ausschließlich einer Gebietskörperschaft gehören und die Erträge ausschließlich einer solchen Körper-

schaft zufließen, sollen ab 1. Jänner 1957 grundsätzlich zur Vermögensteuer herangezogen werden. Dies erscheint deshalb erforderlich, weil es bei dem anonymen Charakter der Kapitalgesellschaften geradezu ihrem Wesen widersprechen würde, wenn sie wegen der besonderen Eigentumsverhältnisse an ihren Anteilen von der Steuerpflicht ausgenommen sein sollten. Eine solche Ausnahme von der Steuerpflicht ist auch deshalb abzulehnen, weil eine verschiedene steuerliche Behandlung gleicher juristischer Rechtsgebilde eine Benachteiligung der privaten Wirtschaft darstellen müßte, die mit dem steuerpolitischen Prinzip, daß alle am wirtschaftlichen Leben beteiligten Betriebe steuerlich gleich zu behandeln sind, unvereinbar wäre. Es sollen daher nur mehr jene Betriebe, deren Führung durch die öffentliche Hand auf gemeinnütziger Basis im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheint, von der Vermögensteuer befreit sein.

Um dem Grundsatz, daß alle am wirtschaftlichen Leben beteiligten Betriebe steuerlich gleich zu behandeln sind, näherzukommen, sieht der Entwurf in Ausdehnung der bisherigen Befreiungsbestimmungen weiters vor, daß auch die privaten Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die ausschließlich oder überwiegend zum Zwecke der Stromabgabe an Dritte elektrische Energie erzeugen oder leiten (§ 1 Abs. 1 Elektrizitätsförderungsgesetz 1953), so weit von der Vermögensteuer befreit sein sollen, als dieselbe auf den der Stromabgabe an Dritte dienenden Teil des Betriebes entfällt. Damit soll bewirkt werden, daß die für solche Unternehmen auf dem Gebiet der Vermögensteuer nach dem Elektrizitätsförderungsgesetz 1953 bestehenden Steuerbegünstigungen in eine gänzliche Steuerbefreiung verwandelt werden. Diese Sonderbehandlung für private Elektrizitätsversorgungs-

unternehmen erscheint deshalb gerechtfertigt, da für dieselben einerseits hinsichtlich der Preis- und Tarifgestaltung dieselben Bedingungen gelten wie für Betriebe der öffentlichen Hand, anderseits sämtliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen unter Bedingungen zu arbeiten haben, die für die übrige Wirtschaft nicht gelten.

Durch die vorgeschlagene Regelung soll im Sinne der Regierungserklärung vom 4. Juli 1956 auf dem Gebiete der Vermögensbesteuerung der Grundsatz der Steuergleichheit zwischen der verstaatlichten und der privaten Wirtschaft hergestellt werden. Die Vermögensbesteuerung von Betrieben gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die nicht in Form von Kapitalgesellschaften geführt werden, wird durch den vorliegenden Entwurf nicht geändert; diese Betriebe unterliegen auch weiterhin nicht der Vermögensteuer.